

Abwarten, Tee trinken und verelenden

Dalits auf Sri Lankas Teeplantagen

Ludwig Penna

„Wir wollen eine kastenlose Gesellschaft“ – Das ist das Credo, das in Sri Lanka immer wieder von Dalits vorgebracht wird. Mit Sorge schauen sie auf das indische Tamil Nadu, wo Kastendiskriminierung institutionalisiert ist. Quoten werden in Sri Lanka abgelehnt, weil man befürchtet, dass sich damit das eher punktuelle Phänomen kastenbasierter Diskriminierung festsetzen und etablieren könnte – ein Erfahrungsbericht.

Für die meisten Menschen in Sri Lanka ist kastenbasierte Diskriminierung kein Thema, und üblicherweise spricht man nicht von Dalits. Seit dem Kriegsende 2009 wird jedoch vermehrt von Kasten gesprochen. Wie kam es dazu?

Diskriminierung im Alltag

Auf dem „Heiratsmarkt“ findet eine Diskriminierung bei der Wahl der Partner/-innen statt. Wie in Indien sind die Heiratsannoncen in Hindu-dominierten Regionen Sri Lankas voll von Gesuchen nach einem Partner oder einer Partnerin gleicher Kaste. Gemeinsames Essen oder Trinken unter verschiedenen Kasten ist in einigen Gebieten problematisch. Auch bei religiösen Gottesdiensten geht es diskriminierend zu: Es gibt verschiedene Kirchen, Tempel und Stupas für verschiedene Kasten. Wenn die junge Generation der Angehörigen der Teeplantagenarbeiter/-innen, die meist Dalits sind, als Verkäufer/-in, Hausangestellte oder mit Dreiradtaxi in großen Städten arbeiten wollen, werden sie allein auf ihre Zugehörigkeit zur Teeplantage reduziert. Auch im politischen Bereich gibt es eine Schieflage. Dies wird jedoch weder von Angehörigen unterer noch von höheren Kasten als Diskriminierung wahrgenommen.

Beispiele der jüngeren Geschichte

Bereits nach der Unabhängigkeit Sri Lankas 1948 kam es gegenüber Tamil(inn)en zu Diskriminierungen und Menschenrechtsverletzungen. Im Jahr 1977 überfielen Singhalesen tamilische Arbeiter/-innen auf den Plantagen. Im Jahr 1980 begannen tamilische Jugendliche, im Nordosten des Landes für sprachliche und Arbeitnehmerrechte zu kämpfen. Separationsbestrebungen wurden geäußert. 1983 attackierten Angehörige der paramilitärischen *Liberation Tigers of Tamil Eelam* (LTTE) Angehörige der sri-lankischen Armee. Der daraus folgende Krieg dauerte von 1983 bis 2009.

Die LTTE wurde von Angehörigen höherer Kasten gegründet. Die kastenbasierte Diskriminierung wurde als internes Problem behandelt und ihre öffentliche Beschreibung als Bedrohung für die Einheit unter den Tamil(inn)en betrachtet. Ein Großteil der LTTE-Kämpfer/-innen waren Dalits, die keinen Zugang zu Land, Kapital und anderen Möglichkeiten hatten. Ihr Antrieb wurde auch aus dem Gefühl gespeist, nichts zu verlieren. Wohl auch vor diesem Hintergrund hat die LTTE öffentliche Diskriminierungspraktiken bestraft. Zudem hat die LTTE zum Heiraten über Kastengrenzen

hinweg ermutigt. Ist man sich innerhalb der tamilischen Gemeinschaften nach Kriegsende aus dieser Erfahrung heraus der Aufteilung nach Kasten wieder bewusst und versucht sie zu pflegen?

Die bittere Wahrheit über die Teeplantagen

Die Teeplantagenarbeiter/-innen leben nach wie vor zum Großteil auf den Plantagen. Insgesamt gibt es 500 Plantagen in Sri Lanka, auf denen Tee, Gummi, Kokosnüsse und seit jüngerer Zeit auch Palmöl angebaut werden. Auf den Plantagen arbeiten mehrheitlich tamilische Arbeiter/-innen, deren Vorfahren einst von den Briten aus dem indischen Tamil Nadu rekrutiert worden waren. Bis 1972 waren die Plantagen in britischer Hand. Im Rahmen eines Landreformgesetzes wurden die britischen Unternehmen dem Staat zugeführt. Das neue singhalesische Leitungspersonal hatte keine Erfahrung mit dem Teegeschäft, und so lagen Teeplantagen brach, und viele der Teearbeiter/-innen wurden arbeitslos.

Es folgte die Privatisierung der Plantagen. Seit 1995 können Plantagen von privaten Firmen auf 99 Jahre gepachtet werden. Damit verband sich die Hoffnung, dass lokale Firmen die Plantagen übernehmen. Diese

Regelung wurde aber umgangen, da sich multinationale Konzerne wie Lipton unter anderem Namen als lokales Unternehmen registrieren ließen und bis heute Besitzer eines Teils der Plantagen sind. Heute sind 450 der Plantagen in privater, 50 nach wie vor in öffentlicher Hand.

Strukturelle Diskriminierung

Lange Zeit wurden die Schulen in den Plantagen von den Besitzern geführt und verstanden sich eher als verwaltende denn als bildende Institutionen für Kinder. Vor diesem Hintergrund wurden Schulen 1985 in öffentliche Hände übergeben, wobei die sri-lankische Regierung kein großes Interesse an Schulen und Schulbildung dieser Kinder zeigte. Wohl auch deshalb hat die schwedische Behörde für internationale Entwicklungszusammenarbeit *Swedish International Development Agency* (SIDA) in die Infrastruktur von 400 Schulen investiert. Bis heute sind jedoch die Bedingungen, verglichen mit Schulen außerhalb der Plantagen, immer noch schlecht. Es fehlt an Budget, Ausstattung und an Lehrkräften. Entsprechend hoch ist die Quote der Schulabbrecher/-innen.

Der Mindestlohn der Plantagenarbeiter/-innen liegt bei 750 Sri Lanka Rupien (LKR) pro Tag (etwa 3,76 Euro). Der Lohn wird zwar regelmäßig neu verhandelt, doch die meisten Gewerkschaften sind von Politik und dem Privatsektor beeinflusst, sodass es nicht zu signifikanten Verbesserungen kommt. Nach einer Studie wäre ein Lohn von 1000 LKR (4,99 Euro) nötig, um davon leben zu können. So verwundert es nicht, dass die Mitgliedszahlen der Gewerkschaften stetig sinken. Junge Menschen haben kein Interesse an den korrupten Strukturen. Einige NROs unternehmen letztlich mehr für die Verbesserung der Arbeitsbedingungen als die Gewerkschaften.

Von dem sehr geringen Lohn zahlen die Arbeiter/-innen (und Arbeitgeber) in den öffentlich geführten Plantagen in eine Vorsorgekasse (*Employee Provident Fund and Trust Fund*). Die Gelder wurden allerdings jahrelang in eigene Taschen gewirtschaftet. NROs (und nicht die Gewerkschaften) setzten sich für die Rechte der Arbeiter/-innen ein und trugen dazu bei, dass 2014 Klage erhoben wurde. Das Urteil bestimmte, dass die veruntreuten Gelder bis 2020 zurückgezahlt werden müssen.

Die meisten Arbeiter/-innen wohnen in dunklen, vor 150 Jahren von den Briten gebauten und kaum renovierten Reihenhäusern. In den Häusern ist es feucht, viele Dächer sind undicht. In der Regenzeit werden Töpfe unter die undichten Dächer gestellt. Chronische Erkältungskrankheiten gehören bei den Bewohner(inne)n zur Tagesordnung. Wiederum setzen sich zivilgesellschaftliche Organisationen und nicht Gewerkschaften für bessere Wohnbedingungen ein.

Zwangsterilisation und mangelhafte Gesundheitsversorgung

Bis 2009 wurden bildungsferne Arbeiter/-innen unter Druck gesetzt, sich sterilisieren zu lassen. Ihnen wurde suggeriert, so der Armutsfalle zu entkommen. Ein in singhalesischer Sprache verfasster Vertrag, den sie nicht verstanden, wurde zur Unterschrift vorgelegt. Teilweise erfolgten die Sterilisationen gleich nach der Entbindung.

Die Gesundheitsversorgung in den Plantagen befindet sich in privater Hand. Medikamente reichen nicht aus, medizinisch geschultes Personal fehlt, die Behandlung erfolgt durch privat bezahlte, medizinische Assistent(inn)en. Für chronische oder schwerwiegendere Krankheiten wie Diabetes oder Epilepsie gibt es keine Versorgung. Zwar haben zivil-

gesellschaftlich Engagierte erwirkt, dass die Regierung eine Gesundheitsversorgung in den Plantagen und 450 Arzneiposten mit geschultem Personal zusagte. Die Umsetzung dauert allerdings an.

Auch NROs liefern nicht immer die erhoffte Hilfe. Oftmals kommen sie für drei Jahre, führen wenig nachhaltige Aktivitäten durch und verschwinden wieder. Sie bauen Toiletten, die nicht zur ersten Priorität der Betroffenen gehören. Sind die NROs weg, werden die Einzelteile der Latrinen verkauft und das Toilettenhäuschen als Stall umfunktioniert. Ebenso investieren renommierte internationale Organisationen lieber in Schuluniformen als in die Schulspeisung, um die schlechte Ernährungssituation der Kinder anzugehen.

Zukunft mit der Jugend

Und doch gibt es Lichtblicke. Junge, hochmotivierte Menschen, die auf den Plantagen wohnen und über eine gute Schulbildung verfügen, beschaffen kommunale Gelder für Straßen, Spielplätze und die Unterstützung besonders armer und alter Arbeiter/-innen. Beeindruckend, dass junge Leute in der Plantage wohnen bleiben wollen und für ihre Gemeinschaft tätig werden, auch als Krankenschwester oder Lehrer/-in.

Doch der Kampf gegen alte Strukturen ist hart. Schlüsselpositionen in der Kommunalpolitik werden mit Politiker(inne)n besetzt, die kein Interesse an einer Entwicklung des Gemeinwesens haben, stattdessen das Geld lieber in die eigenen Taschen wirtschaften. Mit ihrem Kampf um Gerechtigkeit machen sich daher die jungen Menschen sicher nicht nur Freunde.

Zum Autor

Ludwig Penna ist Volkswirt, bereist Südasien seit 2000 regelmäßig und arbeitet seit 20 Jahren in verschiedenen Hilfswerken.